Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katherinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ. Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 417. Freitag den 4. December 1891. 85. Jahrgang.

Leipzig, 4. December.

* Zu dem auf der Werft des „Vulcan" am 14. d. Mts. stattfindenden Stapellauf des zweiten Panzerschiffes wird, wie die „Ostsee-Ztg." von zuverlässiger Seite erfährt, außer dem Kaiser auch Prinz Heinrich nach Stettin kommen. Es wird bestätigt, daß der Kaiser an einem vom „Vulcan" etwa zu veranstaltenden Festessen nicht theilnehmen wird. Auch hat der Kaiser abgelehnt, daß ihm zu Ehren von der Stadt ein Festmahl ausgerüstet werde. Ausgeschlossen erscheint es nicht, daß der Kaiser selbst Einladungen zu einem Mittagessen ergehen lassen wird.

* Bei dem gestrigen politischen Diner bei dem Reichskanzler waren die sämmtlichen Minister und Abgeordnete aller Fractionen, ausgenommen die Socialdemokraten, zugegen. Das Diner verlief in der angeregtesten Stimmung. Auf das mehrseitig angeschlagene Gesprächsthema über die Handelsverträge ging der Reichskanzler nicht ein.

* Die „Post" bemerkt zu der von uns in der Morgennummer mitgetheilten Ansprache des Kaisers an die Recruten in Potsdam: Uns ist der Wortlaut der Ansprache nicht bekannt geworden; doch können wir bestätigen, daß Se. Majestät dabei — wie wir schon einmal erwähnt haben — die Möglichkeit innerer Unruhen berührt hat.

* Aus Berlin wird uns Folgendes geschrieben: Der Reichstag weist in dem ganzen Verlauf dieser Tagungsperiode außerordentlich große Lücken auf; er ist notorisch noch nicht einen einzigen Tag beschlußfähig gewesen, was allerdings noch nicht zur Feststellung kam, weil noch keine Auszählung stattgefunden hat. Wenn aber auch die Geschäfte nicht gerade gestört worden sind, so ist doch der Anblick eines mitunter geradezu klläglich besetzten Reichstag bedauerlich und unwürdig. In den beiden nächstfolgenden, vor Weihnachten noch zur Verfügung stehenden Wochen beginnen nun sehr wichtige Verhandlungen, über die Börsenanträge, über die Handelsverträge, voraussichtlich auch noch über einen Theil des Reichshaushalts, jedenfalls über den Gesetzentwurf, betreffend die Immunität der Abgeordneten. Es wird dabei auch an Abstimmungen und Auszählungen nicht fehlen. Die Mahnung an die säumigen Reichsboten, jetzt eifriger als bisher an den Verhandlungen theilzunehmen, erscheint daher wohl am Platze.

* Die von dem bekannten freiconservativen Parlamentarier Professor Delbrück redigirten „Preußischen Jahrbücher", deren Hauptmitarbeiter bekanntlich Professor Heinrich von Treitschke ist, bringen unter der Ueberschrift: „Regis voluntas suprema lex" folgenden bemerkenswerthen Artikel:

Das Wort des Kaisers „voluntas regis suprema lex esto" hat eine Aufregung hervorgerufen und eine Stimmung, wie können nicht sagen erzeugt, sondern zutage gebracht, die die schwersten Besorgnisse erweckt. Wir haben früher einmal ausgeführt, daß es im Wesen einer starken Monarchie, wie wir sie in Deutschland haben und haben wollen, liegt, daß auch die Subjectivität des Monarchen mit all ihren Zufälligkeiten stark zur Geltung kommt. Aber die Anregung, die von einer solchen Persönlichkeit auf dem Thron auf das ganze Staatsleben ausgeübt wird, dankbar empfindet, muß es auch in Kauf nehmen, wo sie eine Tendenz einschlägt, die ihm nicht zusagt. Jeder subjective Wille aber erweckt Widerspruch, und war die Nagen offen hat, kann nicht verkennen, daß dieser Widerspruch im deutschen Volke stärker und stärker wird. Die Behandlung der Schulfrage, die Unterschrift „sic volo sic jubeo", die Rede in Düsseldorf, die Ansprache an die Corpsstudenten in Bonn, das Telegramm an Herrn v. Helmholtz haben viel Murren und Kopfschütteln hervorgerufen. Das voluntas regis suprema lex aber hat gewirkt wie eine Kriegserklärung. Es ist ja ganz klar, daß eine Kundgebung damit nicht beabsichtigt war. Absolutismus oder auch nur Verstärkung der monarchischen Gewalt sind in Deutschland so schlechterdings unmöglich, daß Niemand hier auch nur an eine Gefahr glaubt, gleichzeitig, daß sie wirklich bestände oder an allerhöchster Stelle der heiße Schimmer einer solchen Absicht vorläge. Man braucht sich dafür auf jene schönen, feierlichen Worte der ersten Thronrede des Kaisers gar nicht zu berufen. Dennoch hat jenes Wort einen wahren Sturm erregt. Die Presse ruft die Verfassung an, fragt: wo sind die constitutionellen Minister, und wendet sich gegen den Byzantinismus. Die Beamten neigen sich mit finstern Mienen scharfe Bemerkungen zu. Die Professoren fliehen in ihre Vorlesungen historische und staatsrechtliche Betrachtungen ein, daß von je der Germane ein Königsthum, aber kein unumschränktes gehabt habe. Die Geistlichen haben die Gelegenheit wahrgenommen, am letzten Sonntag zu predigen über den Spruch, daß das höchste Gesetz der Wille Gottes sei. Selbst die Officiösen haben in ihren verlegenen Antworten gezeigt, daß sie im Grunde dasselbe denken. Warum der Sturm, da es sich doch thatsächlich nur um ein Wort, um derselben nichts Concretes, keine Absicht, keinen Plan, kein Symptom handelt, das irgend etwas Neues ahnen ließe? Wir wollen uns nicht scheuen, es auszusprechen: die Aufregung ist deshalb so groß, weil damit eine bereits vorhandene Stimmung zum Ausbruch gebracht worden ist. Man hat das gewaltige Wort nur als den Exponenten des subjectiven monarchischen Willens aufgefaßt, dem man sich rüstet, Widerstand zu leisten. Hier liegt für die Zukunft eine Gefahr, die gar nicht ernst genug genommen werden kann. Zunächst muß diese Stimmung den freudlich monarchisch gesinnten Parteien zum Verderben gereichen. Ihnen traut man nicht zu, daß sie willkürlichen Unternehmungen und Forderungen genügenden Widerstand entgegensetzen, und wendet sich lieber den Parteien zu, deren Kraft in der Opposition liegt. Jener ganze gebildete Mittelstand, der sich in den Jahren von Kaiser Wilhelm dem Alten und den Fürsten Bismarck geschaart, die conservativen Parteien verstärkt, in zahlreichen Wahlkreisen den Ausschlag gegeben hat, wird sich aus dem politischen Leben zurückziehen oder zur Opposition übergehen. Die radicalen Elemente auf der Linken können die Oberhand gewinnen, und dann steht der Verfassungsconflict vor der Thür. Nicht die sachlichen Streitpuncte, man kann es nicht oft genug wiederholen, sondern allein die Wiederbelebung des constitutionellen Mißtrauens birgt die Gefahr der Zukunft. Das Aufkommen einer dem Monarchen persönlich widerstreitenden Stimmung reicht unser politisches Leben im Innersten erzittern. Es ist ein höchst merkwürdiger Seelenzustand, in dem sich unser Volk befindet. Die thatsächliche Ueberlieferung wie die constitutionelle Doctrin stimmen darin überein, daß die Opposition sich nicht gegen den Monarchen, sondern gegen die Minister richten soll. Es ist in diesem Augenblick gradezu umgekehrt. Die Minister sind anerkannt vorzügliche Männer, die kaum hier und da eine Anfechtung erleiden. Dennoch ist das Volk in einer nicht blos mißmuthigen, sondern gradezu aufgeregt oppositionellen Haltung, die Conservativen, weil der Kaiser zu liberal ist, die Liberalen, weil sie ein constitutionelles und kein persönliches Regiment wollen. Was der Kaiser will und was den eigentlichen Inhalt der gegenwärtigen Regierung bildet, darf man vielleicht als aufgeklärten Conservatismus bezeichnen. Was das Volk aufwühlt und wogegen es im Begriff ist, Front zu machen, dürfte man mit jenem Ausdruck des vorigen Jahrhunderts den aufgeklärten Despotismus nennen. Welcher von beiden Begriffen die Oberhand behält, davon wird das Schicksal Deutschlands in der nächsten Epoche wesentlich abhängen. Von den gegenwärtigen Ministern ist der Cultusminister derjenige, der mit einigem Mißtrauen betrachtet werden muß. Nicht als ob Graf Zedlitz zu solchem Mißtrauen eine persönliche Veranlassung gegeben hätte, aber die Art, wie sein Vorgänger aus dem Amt geschieden ist, wenn auch nicht völlig aufgeklärt, steht doch unter dem starken Verdacht einer Conversion an den Ultramontanismus, und dieser Verdacht muß daher seinem Nachfolger gegenüber nachbleiben, bis er ihn durch positive Thaten genügend widerlegt hat.

* Es ist schon hervorgehoben, daß die Erklärungen des Herrn v. Caprivi zur Polenfrage am meisten zu Bedenken geeignet sind. Sie würden sich noch steigern, wenn sich bestätigen sollte, daß dem preußischen Abgeordnetenhause eine Novelle zum Ansiedelungsgesetz zugehen sollte, welche die Bestimmung des §. 1 beseitigt, daß die Parcellen nur an deutsche Bauern und Arbeiter zur Vergebung gelangen sollen. Wir möchten vor der Hand in diesem Gerüchte nur den Niederschlag polnischer Wünsche erblicken. Aber daß auch unseren polnischen Mitbürgern der Appetit beim Essen kommt, darüber lassen die Betrachtungen der polnischen Blätter, vor Allem des radicalen „Sonier Wielkopolski" zur Rede des Herrn Reichskanzlers keinen Zweifel aufkommen. Am schärfsten giebt dem Tadel über die Schwenkung der Regierung in der Polenfrage die „Post" Ausdruck. Sie schreibt, eine bedauerlichere Erklärung als die wenig geschickte und unerfüllte Anerkennung des Nichtkönnens, vermöge der Chef einer Regierung wohl kaum abzugeben. Sie enthalte das Preisgeben aller der unendlich mühsamen Arbeit und ihrer guten Erfolge, welche seit einem Decennium in der preußischen Volksschule in den polnischen Landestheilen schon erreicht worden. Man braucht das nicht wörtlich zu unterschreiben, aber der Kern der Ausführungen trifft das Richtige. Der Herr Reichskanzler hat sich Herrn von Kościelski gegenüber auf Flottwell und seine segensreiche Arbeit an der wirthschaftlichen Hebung Posens berufen. Nun, Herr v. Flottwell ist der Organisator der Maßnahmen, die 1886 wieder aufgenommen sind. Die Preisgebung der Flottwell'schen Politik aber führte zu dem Aufstand im Jahre 1846 und 1848. Herr v. Caprivi führte auch an, daß wir schon früher polnische Erzbischöfe in Posen gehabt. Ganz richtig, aber mit jedem derselben ist die preußische Regierung in Conflict gerathen, mit dem unfähigen und wankelmüthigen Erzbischof von Dunin sowohl wie mit seinen geistig bedeutenden und streitbaren Nachfolgern Przyłuski und Graf Ledóchowski, der mit wohlgefälligem Lächeln jetzt seinen gelehrigen Schüler auf den posen-gnesenschen Bischofsstuhl steigen sehen wird. Wie wenig man in Preußen früher die Ansprüche der Polen auf einen polnischen Erzbischof in Gnesen anzuerkennen geneigt war, erhellt schon aus der Thatsache, daß wenige Jahre nach der Wiedervereinigung Posens mit Preußen bei der Erledigung des Bischofsstuhls die Berufung des Prälaten von Droste, des späteren Erzbischofs von Köln, auf denselben ernstlich in Frage kam. Nur aus opportunistischen Gründen entschloß man sich, doch die Zustimmung zur Wahl Dunin's zu geben.

* Zu dem Streite über die letzte Zusammenkunft zwischen Bismarck und Windthorst geht der „Post" eine Mittheilung zu, die sie folgendermaßen einleitet: „Wir bemerken dabei, daß unser Herr Gewährsmann, für dessen Zuverlässigkeit wir bürgen können, seine Nachricht jedenfalls aus erster Hand hat". Dieser Gewährsmann schreibt der „Post" nun Folgendes:

„Da die „Germania" behauptet, die Unterredung des Centrumsführers mit dem Fürsten Bismarck sei, wie alle derartigen Unterredungen, nach gegenseitiger Sondirung von beiden Seiten — um sich seiner Ablehnung anzusetzen — abgehalten worden, so wollen wir ihr mittheilen, daß uns aus bester Quelle bekannt ist, daß dies im fraglichen Falle nicht zutrifft. Herr v. Bleichröder, den dies seit Jahren gestattet war, daß sich damals bei dem Fürsten direct melden. Als er vorgelassen wurde, meldete er Herrn Dr. Windthorst an, der bereits draußen stand. Der „Figaro" wußte damals mit erdenklicher Schnelligkeit zu melden: Windthorst hat in dieser Unterredung unerhörte Bedingungen (des conditions exorbitantes) gestellt." Er traf damit genau das Richtige. Da Windthorst sich als Herr der parlamentarischen Situation fühlte, konnte er solches ja wohl. Er fand aber bei dem Fürsten nicht das geringste Entgegenkommen.

Noch eine weitere Erinnerung an Dr. Windthorst dürfte gerade jetzt von Interesse sein. Am Tage vor seiner letzten Erkrankung sprach er einem Collegen im Reichstage ganz positiv seine Ueberzeugung aus, in einem Jahre werde Fürst Bismarck wieder am Ruder sein. Auf die Entgegnung, daß dies unmöglich sei, blieb er fest bei seiner Behauptung und vertheidigte sie energisch.

* Die Wahlprüfungscommission des Reichstags hat die Ungiltigerklärung der Wahl des der conservativen Partei angehörigen Abgeordneten von Oertzen (Mecklenburg-Strelitz) mit 7 gegen 5 Stimmen beim Reichstag zu beantragen beschlossen. Der Grund liegt in der schon öfter erörterten Frage der Rechtsgiltigkeit einer strelitzischen Verordnung, welche die Abhaltung von Wahlversammlungen an Sonntagen untersagt. Herr v. Oertzen hat in Stichwahl mit knapper Mehrheit (8673 gegen 8460) über einen freisinnigen Candidaten gesiegt. Im ersten Wahlgang waren 6864 conservative, 5005 deutschfreisinnige, 2000 nationalliberale und 1687 socialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Der Wahlkreis war bis 1884 mehrere Legislaturperioden hindurch nationalliberal vertreten gewesen, seitdem conservativ.

* Der Forderung eines neuen Programms für die conservative Partei hat sich jetzt der conservative Führer im Königreich Sachsen, Abg. Freiherr von Friesen, angeschlossen und in einer Versammlung in Meißen die Skizze eines neuen conservativen Programms entworfen, welche die „Kreuzzeitung" veröffentlicht: Darin wird unter Anderem verlangt: Ausschluß aller Elemente vom Staatsdienst, der Schul- und Volksvertretung, welche nicht einem bestimmten christlichen Glaubensbekenntniß angehören, Verschärfung aller Strafen wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung insbesondere Unfähigkeitserklärung für ein öffentliches Amt bei allen Personen, welche öffentlich den Umsturz der Verfassung und der monarchischen Leitung als ein von ihnen zu erstrebendes Ziel hinstellen, gründliche Revision des Wahlgesetzes, damit dasselbe nicht länger lediglich das Ergebniß von in vielen Hällen ganz zufälligen Majoritäten liefert, sondern vor allem den natürlichen socialen und wirthschaftlichen Kreisen eine Theilnahme an der Volksvertretung zu sichern; nur Deutsche, welche einer bestimmten christlichen Confession angehören, dürfen als Richter oder Rechtsanwalt zugelassen werden; Bestrafung der ungerechtfertigten Einstellung der Arbeit im Falle der Nichtbeachtung der Entscheidungen der Schiedsgerichte; Verbot von Darlehn auf Grundbesitz in anderer Form als derjenigen amortisirbarer Renten; Umgestaltung des Erbrechts, um wirthschaftlich abgerundete Complexe in einer Hand zu erhalten; Einschränkung der freien Verkäuflichkeit derselben.

* Der Fischreichthum der Nordsee, welcher für alle Uferstaaten einen in seiner Bedeutung für die Massenernährung der raschanwachsenden Bevölkerung immer klarer erkannten und gewürdigten wirthschaftlichen Factor bildet, ist wohl außerordentlich groß, aber keineswegs ein unerschöpflicher, jedenfalls dann nicht, wenn bei seiner Ausbeutung, die ohnehin mit jedem Jahr intensiver vor sich geht, nicht nach rationellen und den natürlichen Daseins-, Gedeihens- und Reproductionsbedingungen der Fische sorgfältiger als bislang angepaßten Grundsätzen betrieben wird. Braucht man auch in absehbarer Zeit noch keine Erschöpfung der Nordseefischereigründe zu besorgen, so wäre doch auch schon eine theilweise Entvölkerung derselben vom volkswirthschaftlichen Standpuncte aus als Calamität zu betrachten, weil nur bei reichlichen Fangergebnissen der Preis des Seefisches niedrig genug bleibt, um ihm seinen Platz unter den Massennahrungsmitteln zu sichern. Die Festsetzung gewisser Schonregeln und Schonzeiten, Fangmethoden ꝛc. liegt daher im wohlverstandenen Interesse aller Nutznießer der natürlichen Schätze des Meeres; das Ziel kann aber nur durch internationale Vereinbarung erreicht werden. England, welches den Löwenantheil aus den Erträgnissen der Nordseefischerei zieht und demgemäß auch das Hauptinteresse an der befriedigenden Lösung des vorgedachten Problems nimmt, läßt daher den Plan einer internationalen Conferenz aller Nordseestaaten behufs Vereinbarung allgemein bindender Grundsätze für Handhabung eines rationellen Fischereibetriebes nicht aus den Augen. Eine erste, privatliche Anregung ging im Jahre 1890 von der hochangesehenen Londoner Fischhändlergilde aus. Im Juli 1890 fand eine auch von auswärtigen Delegirten zahlreich beschickte Conferenz in London statt, auf welcher aber eine Einigung nicht erzielt wurde. Es stellte sich heraus, daß gerade betreffs der wichtigsten Puncte das vorlingende informatorische Material theils so dürftig und lückenhaft, theils so abweichender Deutung fähig war, daß von einer Benutzung desselben als Unterlage für amtliche Verfolgung der Sache keine Rede sein konnte. Dennoch verlief der damalige Meinungsaustausch nicht gänzlich im Sande. Er verlieh vielmehr dem wissenschaftlichen Studium der in der Nordsee vorkommenden Fischarten, ihrer Daseins- und Fortpflanzungsbedingungen ꝛc. neue Anregungen, und ermuthigte die Befürworter einer internationalen Nordseefischereiconvention zu neuen Schritten. Ein solcher ist nun gegenwärtig in Vorbereitung. Die Londoner Marine Biological Association hat unlängst mit der Versendung eines Circulars an alle in der Nordseefischerei engagirten Gesellschaften des Landes begonnen, in welchem dieselben aufgefordert werden, ihre in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen sammt den daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen und Wünschen actenmäßig zu bearbeiten und einzusenden. Der Verein für Meeresbiologie beabsichtigt, das so gewonnene Material nebst den anderweitig ihm zur Verfügung stehenden Daten zu sichten und zu ordnen, und auf dieser Unterlage die Grundzüge eines Regulativs zu entwerfen, das den Ausgangspunct internationaler Verhandlung und Beschlußfassung bilden könnte. Nach Erledigung dieser Vorarbeiten gedenkt dann der Verein bei der englischen Regierung um einen Schritt zur Herbeiführung einer officiellen Conferenz der Nordseestaaten behufs internationaler Regelung des Nordseefischereibetriebes vorstellig zu werden.

* Wir hatten kürzlich mitgetheilt, daß, wie der Prinz Albrecht zu Waldeck und Pyrmont bereits am 22. Februar 1890 entmündigt wurde, jetzt auch dessen Gemahlin, die Prinzessin Marie, vom regierenden Fürsten von Waldeck und Pyrmont entmündigt worden ist. Hierzu veröffentlicht der Prinz Albrecht zu Waldeck folgende Erklärung:

Um einer mißverständlichen Auffassung der über meine Gemahlin von den Fürsten zu Waldeck verfügten Curatel vorzubeugen, sehe ich mich veranlaßt, unter Vorbehalt aller weiteren Schritte und Veröffentlichungen hiermit schon jetzt zu erklären, daß vor Kurzem von mir fürstlicherseits als Bedingung der Aufhebung meiner Curatel ein Verzicht auf den Betrag von 2000 ℳ p. a. meiner Apanage beansprucht wurde mit der ausdrücklichen Androhung, daß für den Fall der Ablehnung dieser Bedingung die sofortige Curatelverfügung auch über die Prinzessin eintreten werde! Nachdem ich nun jene Bedingung abgelehnt, ist die angedrohte Curatel über meine Gemahlin, hiermit als Strafe für meine Renitenz, ausgesprochen worden. Die hierdurch documentirte Auffassung von der Anwendbarkeit der Entmündigung brauche ich wohl nicht näher zu beleuchten.

* Herr Harmening macht immer weitere Fortschritte auf der Bahn, die schließlich nur ins socialdemokratische Lager führen kann. In einer dieser Tage von ihm im Berliner Arbeiterverein gehaltenen Rede kam er zu dem Schlusse, daß die Zukunft einer fortschrittlich-demokratischen Partei angehören werde, voraussichtlich, daß sie socialpolitisch zu denken verstehe. Das ist im Grunde genommen nichts Anderes als die alte Firma Singer, Bebel, Liebknecht und Genossen. Im Uebrigen sind es nicht die Weissagungen des Herrn Harmening, die ein Interesse beanspruchen. Der Jahrcofrit, als er in einer Berliner Versammlung zum ersten Male seine fortschrittlich-demokratisch-socialistischen Zukunftsträume zum Besten gab, erklärte er stolz, daß er, wenn er einmal ins socialdemokratische Lager übergehen sollte, sicher nicht allein kommen würde.

* Der zum Nachfolger des gefallenen Hauptmanns Freiherrn v. Gravenreuth in Aussicht genommene Herr Rochus Schmidt ist, wie schon erwähnt, vom Malariafieber noch nicht so weit hergestellt, daß er zur Leitung der Expedition in Kamerun berufen werden kann. Statt seiner wird nunmehr der hier eingetroffene Chef der afrikanischen Schutztruppe, Herr Ramsay, die Leitung der Expedition übernehmen. Er gehört zu den Herren, die bereits seit mehreren Jahren in Ostafrika thätig gewesen sind; er hat sich dort vielfach ausgezeichnet und vor Allem hat sich dort sein Körper den Strapazen des Tropenklimas gegenüber gestählt erwiesen. Herr Ramsay hofft, in spätestens 14 Tagen die Reise nach Kamerun antreten zu können.

* Die preußische General-Synode hatte am Mittwoch einen nicht recht glücklichen Tag, sie hatte mit Recht erkannt, daß sie zu dem jüngsten kaiserlichen Erlaß über das Zuhälterwesen nothwendig Stellung nehmen müsse. Statt aber offen zu erklären, was ihre Ansicht in dieser Frage sei, beschränkte sie sich darauf, in einem einstimmig gefaßten Beschlusse „durch den evangelischen Oberkirchenrath an Seine Majestät die ehrfurchtsvolle Bitte zu richten, es möge ihm als Schutz- und Schirmherrn unserer evangelischen Kirche gefallen, bei den zum Zwecke der Bekämpfung der Prostitution zu fassenden Entschließungen solche Maßnahmen abzuwehren, welche eine Verwirrung der sittlich-religiösen Anschauungen unseres christlichen Volkes im Gefolge haben müßten". Dieser Beschluß scheint sich in vorsichtiger Form gegen den Vorschlag der Casernirung der Prostitution zu wenden. Die General-Synode hat zu einer Reihe weniger bedeutender Fragen Vorschläge gemacht, z. B. Verschärfung des §. 181 des Strafgesetzbuches, schärfere Ueberwachung der Theater, Einschränkung der Schauplocale mit weiblicher Bedienung, Vermehrung des Rettungswerkes für Gefallene u. s. w.

* Aus Breslau wird telegraphirt: Gestern fanden weitere Zeugenvernehmungen statt für den bevorstehenden großen Socialisten-Proceß. Derselbe erscheint als Fortsetzung des Geheimbund-Processes von 1887. Bruno Geiser, der Schwiegersohn Liebknecht's, ist als Zeuge und nicht als Angeschuldigter vernommen worden.

* * *

* In der österreichischen Delegation dankte der Kriegsminister dem Professor Billroth für seine Vorlesungen, die durchaus richtig seien. Es werde Alles gethan, um im Kriegsfall den Verwundeten zu helfen. Der Delegirte Oppenheimer beklagt den großen Procentsatz der Selbstmorde in der Armee. Der Minister verlangt eine kräftigere Unterstützung der Gesellschaft des Rothen Kreuzes.

* Der Tod des Führers der dänischen Linken, Christen Berg, hat im Lager seiner Partei große Verwirrung hervorgerufen, und wie Berichte aus Kopenhagen melden, sind bereits Reibungen eingetreten. Mit Hörup als oberstem Führer sind die eigentlichen Bergianer nicht einverstanden, da dieser geborener Kopenhagener und daher den Großbauern im Folkething nicht sympathisch ist. Schon vor den Wahlen dürfte die bisher über 30 Mitglieder zählende radicale Gruppe auf 12 bis 15 zusammenschmelzen, und es hat den Anschein, als ob die verbandelnde (moderate) Linke den meisten Zuzug erhalten würde, während andere Abgeordnete sich dem socialistischen Flügel anschließen würden. Den Wahlen zum Folkething wird daher mit großer Spannung entgegengesehen, und die Zerfahrenheit unter der Opposition dürfte am meisten dem so lange und so energisch bekämpften Ministerium zu Gute kommen.

* Aus Rom wird vom 3. December gemeldet: Die Deputirtenkammer begann heute die Berathung über die die Kirchenpolitik betreffenden Interpellationen. Cavalletti führte aus, in der österreichischen Delegation seien wichtige Erklärungen über die römische Frage gewechselt worden, deren Ernst mehr in demjenigen bestehe, was Graf Kalnoky habe verschweigen wollen, als in demjenigen, was er gesagt habe. Cavalletti erinnerte daran, daß am 23. Mai 1877 Crispi als Präsident der Kammer und Depretis als Ministerpräsident den Deputirten Savini gehindert hätten, Handlungen der französischen Regierung betreffs innerer Fragen zu erörtern. Der Delegirte Zallinger habe dagegen die Stellung des Papstes in Italien ungehindert erörtern können. Die Erklärungen des Grafen Kalnoky in der österreichischen Delegation seien um so bemerkenswerther, wenn man dieselben mit den Erklärungen der französischen Minister Ribot und Rouvier vergleiche, welche doch nicht Minister einer mit Italien verbündeten Nation seien. Er frage die Regierung, ob sie sich der Wichtigkeit dieses Zwischenfalles bewußt sei, und was sie hierbei zu thun beabsichtige. Cavalletti beleuchtete sodann die innere Politik des Cabinets vom Standpuncte des Garantiegesetzes aus, welchem er die Eigenschaft eines Staatsgrundgesetzes bestreiten müsse, und forderte alle liberalen Elemente zur Vereinigung auf. Imbriani verwies auf das Plebiscit der neapolitanischen Provinzen, welches die Einheit und Untheilbarkeit Italiens festgestellt habe, und fügte hinzu, Italien sei somach genugsäßlich berechtigt, seine Rechte auf Trient und Triest wieder geltend zu machen. Der Präsident ermahnte Imbriani, die Verträge und Gesetze zu respectiren. Die Debatte wurde auf morgen vertagt.

* Der französische Admiral Gervais, der bei Gelegenheit der Kronstädter Flottenzusammenkunft zuerst bekannt geworden ist, hat, wie die heute vorliegenden Pariser Blätter melden, bei einem in Cherbourg in diesen Tagen zu Ehren russischer Marineoffiziere vom Municipalrathe veranstalteten Bankett eine Rede gehalten, in der in ziemlich unverhüllter Weise darauf hingewiesen wurde, daß das französisch-russische Einvernehmen keineswegs einen feindlichen Charakter haben soll. „Während wir damals", äußerte Admiral Gervais mit Beziehung auf die Kronstädter Flottenzusammenkunft, „innerlich eifrig die beiden Worte wiederholten, welche die Devise unserer Schiffe bilden: „Honneur Patrie", „Ehre, Vaterland", drang noch ein anderes Wort aus unserem Herzen nach unseren Lippen, ein unendlich süßes Wort: Espérance! Hoffnung! Ich trinke auf das Wohl des Landheeres, das Wohl unserer Brüder, auf ihren Ruhm!" Admiral Gervais ist also bescheiden genug, die ersten Kriegslorbern dem Landheere zu gönnen, als dessen Vertreter zuvor der Brigadegeneral de Chabrignac gesprochen hatte. Im Hinblick auf die unablässigen „Verbrüderungen" der französischen und der russischen Nation hatte General de Chabrignac eine durchaus richtige Empfindung, als er in der Einleitung hervorhob, daß die Gefühle, von denen die Vertreter der beiden Nationen bewegt wären, bereits so oft an den Tag gelegt worden sind, daß es kaum nothwendig erscheint, sie nochmals zu proclamiren." Diese durchaus richtige Erwägung verhinderte den französischen General,

SLUB
Wir führen Wissen.